



Der vorliegende Policy Brief basiert auf den Ergebnissen des Forschungsvorhabens DigiBel („Perspektiven und Einsatzmöglichkeiten digitaler Beteiligungsverfahren in der ländlichen Regionalentwicklung“), die gemeinsam mit einer Vielzahl von Expertinnen und Experten aus Forschung und Praxis diskutiert, reflektiert und erweitert wurden.

Er richtet sich an Verantwortliche aus der Politik auf Kreis-, Kommunal-, Landes- und Bundesebene, deren Arbeitsfelder den Themenbereich der Digitalisierung, ländlichen Regionalentwicklung sowie Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern berühren.

Der Policy Brief möchte Orientierung geben bei der Frage, wo die zentralen Voraussetzungen digitaler und analoger Bürgerbeteiligung in der ländlichen Regionalentwicklung liegen.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Weitere Handlungsempfehlungen und Good-Practice-Beispiele zu verschiedenen Themenbereichen werden im Handlungsleitfaden für Akteure der Beteiligungspraxis näher betrachtet, der u.a. auf der [Projektwebsite](#) verfügbar ist.

## DigiBeL – Ziele und Vorgehen

Das transdisziplinäre Projekt, in dem die enge Zusammenarbeit mit der Praxis zentral war, ging der Frage nach, welche Rolle digitale Ansätze in der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in ländlichen Regionalentwicklungsprozessen spielen, wie sie sich nutzen und wirksamer gestalten lassen. Ziel war es zu ermitteln, wie Beteiligung dadurch verbessert werden kann und wie „analoge“ mit digitalen Ansätzen sinnvoll und effizient kombiniert werden können.

Aufbauend auf einer Literaturlauswertung wurde eine bundesweite quantitative Online-Befragung von Vertreterinnen und Vertretern der Regionalentwicklung zur Beleuchtung der Beteiligungspraxis durchgeführt. Daran

schlossen sich sechs Fallstudien in unterschiedlichen Regionen Deutschlands an, in denen die Fragenstellungen mittels Dokumentenauswertung, leitfadengestützter Interviews, teilnehmender Beobachtung und Fokusgruppen weiter vertieft wurden.

Im Fokus standen Beteiligungsverfahren im Rahmen von Regionalentwicklungsprozessen, darunter insbesondere [LEADER](#), [Smarte.Land.Regionen](#) und [Land.Digital](#), jedoch auch [Smart Country Side](#) und die Fortschreibung eines Naturparkplans. Spontane Beteiligungsformate wurden dagegen nicht betrachtet, ebenso wenig standen Beteiligungen rund um Konflikte (z.B. Mobilfunkausbau, Landnutzung) im Fokus.

## EMPFEHLUNGEN

### Stärkung von Rahmenbedingungen der (digitalen) Beteiligung

Die Projektergebnisse zeigen, dass neben den technologischen Voraussetzungen für Beteiligung und weiteren Ressourcen (personell, finanziell) die Etablierung einer „Beteiligungskultur“ einen wichtigen grundlegenden Rahmen für gelingende Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern setzt – unabhängig von einer analogen, digitalen oder hybriden (d.h. analoge und digitale Elemente umfassenden) Ausgestaltung. Hierfür können sich individuelle Einstellungen einzelner Verantwortlicher – d.h. Widerstände gegen oder Motivation zu digitaler Beteiligung – als entscheidend erweisen.

■ Die **Verwaltung** sollte ein Selbstverständnis entwickeln als „**Fundament**“ bzw. „**Treiberin**“, um die Transformation in Richtung einer smarten Region voranzutreiben und die Koordinierung und Steuerung von Digitalisierungsmaßnahmen zu erleichtern.

■ Eine (regionale) „**Beteiligungskultur**“ sollte **etabliert bzw. gestärkt werden**. Diese umfasst eine Offenheit und Wertschätzung der Verantwortlichen gegenüber der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, wodurch bei diesen die Motivation zur Beteiligung erhöht werden kann. Hierbei sollten die Ziele und Grenzen von Beteiligungsprozessen klar kommuniziert werden, um zu realistischen Erwartungen seitens der Beteiligten beizutragen.

■ Die **technologischen Voraussetzungen digitaler Beteiligung** in ländlichen Räumen sollten geschaffen bzw. verbessert werden, dies betrifft insbesondere den Breitbandausbau. Obwohl oftmals als ausreichend vorausgesetzt, variiert die Ausstattung stark zwischen ländlichen Regionen und erfordert Verbesserungen, nicht zuletzt zur Gewährleistung von räumlicher Chancengleichheit für den Zugang zur Bürgerbeteiligung.

## Digitale Kompetenzen und personelle Ressourcen

Aus den Projektergebnissen wird die Relevanz digitaler Kompetenzen und deren bedarfsgerechter Vermittlung deutlich. Dies betrifft nicht allein den Kompetenzbedarf von Bürgerinnen und Bürgern zur Nutzung digitaler Beteiligungstools. Auch die für Beteiligungsprozesse Verantwortlichen, z.B. aus der Verwaltung, benötigen Kompetenzen, insbesondere im Bereich IT-Sicherheit und zu weiteren Digitalisierungsthemen. Hier zeigt sich bislang eine Diskrepanz zwischen der Offenheit für digitale Bürgerbeteiligungsprozesse und den benötigten Kompetenzen.<sup>2</sup>

■ Bei den für Beteiligungsprozesse Verantwortlichen (z.B. aus der Verwaltung) sollte ein **Bewusstsein für den eigenen Bedarf an digitalen Kompetenzen** geschaffen werden. Entsprechende Kompetenzen sollten erworben werden, insbesondere zur Datensicherheit. Der Kompetenzerwerb kann auch über Kooperationen mit anderen Akteuren oder externe Dienstleister erfolgen.

## Kooperationen als Erfolgsfaktor

Die Projektergebnisse zeigen, dass regionale und überregionale Kooperationsnetzwerke ein wichtiger Faktor für ein erfolgreiches Beteiligungsumfeld sind. Dass Städte im Digitalisierungskontext stärker vertreten sind, erschwert die Suche nach geeigneten ländlichen Vorbildern im näheren Umfeld, wodurch das überregionale Lernen von ländlichen Vorbildern an Bedeutung gewinnt.

■ Es sollte überlegt werden, wo die **Verzahnung parallel verlaufender Prozesse** sinnvoll ist (z.B. die Umsetzung einer regionalen Digitalisierungsstrategie im Zusammenspiel mit anderen ländlichen Regionalentwicklungsprozessen), um (gemeinsame) Ziele klarer zu definieren und zu erreichen.

■ In Beteiligungsprozessen sollte eine **Vernetzung zwischen verschiedenen Akteuren** aufgebaut und gestärkt werden, um (über-)regionales Lernen von ländlichen Vorbildern zu unterstützen und Good-Practice-Beispiele sichtbar zu machen, aber auch um die öffentliche Wahrnehmung der Prozesse durch Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen.

■ Insbesondere Kooperationen mit **Hochschulen, Forschungsinstituten, Wirtschaftsunternehmen und Evaluation** sollten bedacht werden, denn sie können als Entwicklungstreiber der (technologischen) Grundlagen digitaler Beteiligungsformate wirken.

---

2 Weiterführende Informationen bieten die Forschungsarbeiten von Frieß et al. (2022): Open-was...!? Einstellungen zu Open Data und Open Government am Niederrhein. [https://diid.hhu.de/wp-content/uploads/2022/07/Precis\\_Friess\\_fin2.pdf](https://diid.hhu.de/wp-content/uploads/2022/07/Precis_Friess_fin2.pdf) sowie Becker et al. (2022): Verwaltungsdigitalisierung in Pandemiezeiten – Ergebnisse einer Befragungsstudie in NRWs Kommunalverwaltungen. [https://diid.hhu.de/wp-content/uploads/2022/12/Precis\\_FINAL.pdf](https://diid.hhu.de/wp-content/uploads/2022/12/Precis_FINAL.pdf)

# Über das Projekt

## PROJEKTTITEL

Perspektiven und Einsatzmöglichkeiten digitaler Beteiligungsverfahren in der ländlichen Regionalentwicklung (DigiBeL)

## LAUFZEIT

April 2020 – März 2023

## PARTNER

Institut für Ländliche Strukturforchung e.V. (IfLS),  
Frankfurt am Main

[www.ifls.de](http://www.ifls.de)

Dipl.-Ing. agr. Simone Sterly  
[sterly@ifls.de](mailto:sterly@ifls.de)

Institut für Kommunikations- und  
Medienwissenschaft (IfKMW),  
Universität Leipzig  
[www.kmw.uni-leipzig.de](http://www.kmw.uni-leipzig.de)

Prof. Dr. Christian Pentzold  
[christian.pentzold@uni-leipzig.de](mailto:christian.pentzold@uni-leipzig.de)

## WEITERE INFORMATIONEN & PROJEKTERGEBNISSE

<https://www.sozphil.uni-leipzig.de/projekt-digibel>

## FÖRDERUNG

DigiBeL wurde vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) über das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung und regionale Wertschöpfung (BULE+) gefördert.

## AUTORINNEN UND AUTOREN

Carla Wember, Sarah Peter, Johannes Lang,  
Simone Sterly (IfLS e.V.)

Veronika Stein, Christian Pentzold (IfKMW)



Institut für Ländliche Strukturforchung e.V.  
an der Goethe-Universität Frankfurt am Main



UNIVERSITÄT  
LEIPZIG

Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Ernährung  
und Landwirtschaft

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages